

politischer Klimawandel vollzogen hat, gibt es immer wieder konkrete Fälle – wie auch die Unterzeichnung der Charta zum Schutz der Menschenrechte in der Stadt – wo es kurz vor den Beschlüssen zu Auseinandersetzungen kommt.

**Kranich: Wo liegen die politischen und medialen Widerstände gegen dieses Projekt?**

Schaden: Die politischen Widerstände kommen natürlich – wenig überraschend – von jenen Gruppierungen, die eher rechts der Mitte oder weit rechts der Mitte stehen. Im Fall der Charta war zuletzt die ÖVP etwas wankelmütig. Mit der kommenden Generation der Vertreter der FPÖ wird es sehr schwierig sein, diesen – auch innerstädtischen – Dialog zu führen, das erkennt man schon an den Signalen im soeben vergangenen Wahlkampf.

**Kranich: Wo haben Sie die Widerstände oder auch immanente Stolpersteine wahrgenommen? Woran könnte das Projekt an und für sich auch scheitern?**

Mautner: Ein wesentlicher Grund, warum wir von Seiten der Plattform dieses Projekt initiiert und vorangetrieben haben, war, dass die Charta einen Rahmen, eine offizielle Schiene bildet, um mit der Stadt in den Fragen der Menschenrechtsarbeit zu kooperieren. Die Widerstände liegen jedoch ebenfalls genau in dieser Richtung. Weil die institutionalisierte Zusammenarbeit tatsächlich zu einem Klimawandel sowie in weiterer Folge dazu führt, dass eine Politik, die auf den Menschenrechten gründet, langfristig abgesichert wird. Initiativen in diese Richtung, wie es sie in Salzburg auch schon vorher gegeben hat, sollen intensiviert und verstärkt und nicht so leicht abgeschwächt werden können. Im Bewusstsein der Bevölkerung sind Menschenrechte generell nicht sehr tief verankert. Vor allem die „zweite Generation“ – wirtschaftliche und soziale Grundrechte – sind hier kaum im Blick. Es wäre auch ein Fehler, wenn man die Charta bzw. kommunale Menschenrechtsarbeit generell auf die Arbeit mit MigrantInnen oder AsylwerberInnen reduziert.

**Kranich: Besteht das Problem, dass man die Charta nur auf Symbolik reduziert?**

Schaden: Also aus meiner Sicht sollte es das nicht geben. Zumindest ist das nicht die Hauptabsicht.

Was ich mir jedoch erwarte sind Hinweise darauf, wo die Stadt auch in ihrer Eigenkompetenz ansetzen kann, diesen „most vulnerable persons“ in irgend einer bestimmten Lebenslage zu helfen, dort, wo wir helfen können.

Mautner: Ich würde gar nicht so negativ über Symbolpolitik reden. Ich glaube, dass dieser Symbolcharakter auch sehr wichtig sein kann. Nürnberg hat gezielt und bewusst Symbolpolitik betrieben, etwa mit einer „Straße der Menschenrechte“, die mitten in der Nürnberger Fußgängerzone neben dem „Germanischen Nationalmuseum“ als Installation verläuft.

Andererseits genügt es nicht, nur Symbole zu setzen, sondern natürlich müssen auch konkrete Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.

**Kranich: Menschenrechtsstädte machen sich ja an und für sich angreifbar. In Graz gab's ja die Erfahrung, dass gerade in der Debatte um das Bettelverbot oder auch im Fahrwasser der Affäre um Susanne Winter die Frage auftaucht: Was macht die Menschenrechtsstadt Graz in dieser Situation? Übertragen auf Salzburg: Wenn man sich die Plakate der FPÖ im vergangenen Wahlkampf ansieht, greift sie mit ihren Slogans tief in den rassistischen Schmutzkübel. Ist die Menschenrechtsstadt Salzburg in einer solchen Frage aufgefordert, Stellung zu nehmen?**

Schaden: Natürlich! Im Falle einer Äußerung wie jener von Frau Winter sind auf jeden Fall alle anderen politischen Gruppierungen aufgefordert, die Möglichkeit des politischen Protestes zu nutzen oder einfach anders zu handeln, als es diese Leute vorschlagen. Ich denke, das hat weniger mit der Charta an sich zu tun, sondern mit einer prinzipiellen Grundeinstellung.

**Kranich: Besteht diese besondere Verantwortung aufgrund der Charta?**

Mautner: Selbstverständlich! Es ist ja auch für uns als NGO-Netzwerk ein gro-

ßer Fortschritt, dies in die Diskussion mit einbringen zu können. Nicht nur als Vorwurf an die offizielle Politik. Die Charta ist so formuliert und gedacht, dass sie nicht nur ein Auftrag für und eine Selbstverpflichtung der offiziellen Stadtpolitik ist, sondern ebenso die Bevölkerung einer Stadt und die zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Pflicht nimmt. Die Erwartungen an eine Menschenrechtsstadt fördern eine breite Diskussion um die Frage: Wie kann die Umsetzung von Menschenrechten in unserer Stadt aussehen?

**Kranich: Die Menschenrechte sind eine visionäre Idee, die immer nur Entwicklungen vorgeben kann. Was ist Ihre persönliche Vision für die Menschenrechtsstadt Salzburg?**

Schaden: Zeiten und politische Klimata können sich ändern. Und da ist die Unterzeichnung der Charta in Zukunft etwas, das man einfordern kann. Wenn sich einmal der politische Wind in Österreich oder auch in der Stadt Salzburg dreht und rauer wird – gerade was die Menschenrechte besonders verletzbarer Personen betrifft – kann man auf die Charta verweisen. Des Weiteren denke ich, wenn die Prinzipien der Charta stärker ins Bewusstsein der Leute Eingang finden und deren Werte für die Stadt anerkannt werden, dann entwickeln sich eher politische Debatten zu Themen wie etwa der Grundversorgung von Familien durch Kinderbetreuungseinrichtungen.

Mautner: Hier möchte ich anknüpfen. Bei der Umsetzung der Selbstverpflichtungen der Charta halte ich den Bereich der Menschenrechtsbildung für zentral. Viele Städte haben sich genau diesen Aspekt zur zentralen Aufgabe bei der Implementierung der Charta gemacht. Eine Vision von mir ist, dass in wesentlichen Bereichen wie Bildungsinstitutionen und Verwaltung einer Kommune aber auch im öffentlichen Bewusstsein die Menschenrechte so weit zur Selbstverständlichkeit geworden sind, dass in den verschiedensten Entscheidungen, die konkret anstehen, die Kriterien Grundrechte und Menschenrechte mitschwingen und grundlegende Entwicklungen der Stadt beeinflussen.

**Kranich: Vielen Dank für das Gespräch.**